



Mag. Caroline Mokrejs und Mag. Heidemarie Mendel

Sommerdiskurs 2010: "Nachhaltigkeit und Generationenverantwortlichkeit"

Im Mittelpunkt des diesjährigen Sommerdiskurses der Universität Wien in Strobl am Wolfgangsee standen hochaktuelle und brisante Themen, die von hochkarätigen Vertretern aus der Praxis und namhaften ExpertInnen präsentiert und ausführlich diskutiert wurden. Die von Franz-Stefan Meissel initiierte Vortragsreihe vereinte vielfältige Aspekte und interdisziplinäre Blickpunkte unter dem Generalthema "Generationenverantwortlichkeit und Nachhaltigkeit".

Innovation und Nachwuchsförderung in der Forschung

Den Eröffnungsvortrag hielt der bekannte Mikrobiologe und Unternehmer Alexander von Gabain, Mitbegründer der erfolgreichen Biotech-Firma "Intercell AG". Er sprach über Innovation als "unterschätzten Motor" für den universitären Wissenschaftsbetrieb und die Nachwuchsförderung von WissenschaftlerInnen. Obwohl Österreich über einen ausgezeichneten Forschungsbetrieb verfüge, fehle es hierzulande im Vergleich zu den USA am erforderlichen "Entrepreneurship" – übrigens ein gesamteuropäisches Phänomen. Die Erfindung allein reiche nicht, es sei auch Innovation gefragt, welche durch den Anwendungsbezug und die positive Einstellung zum Unternehmertum entstehe. Von Gabain betonte die Bedeutung eines konstruktiven Dialogs zwischen den VertreterInnen der "academic research" und den ForscherInnen im Rahmen der "entrepreneurial research", der nur über gegenseitiges Verständnis herzustellen sei. Anhand des Beispiels der prosperierenden Biotech-Firma "Intercell AG", die Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten entwickelt, erläuterte von Gabain die Schritte von der Unternehmensgründung – initiiert durch innovativ denkende und agierende WissenschaftlerInnen – über die Beschaffung des Kapitals sowohl durch eigene Investitionen als auch über die Gewinnung von Risikokapitalgebern, bis hin zur erfolgreichen Etablierung der Firma am internationalen Markt. Dafür sei außer erstklassiger Forschung und einer durchdachten Finanzplanung auch eine profunde Kenntnis des Arzneimittelmarkts, das nötige "Pharma-Know-How" erforderlich. Leider fehle es in Europa im Gegensatz zu den USA an ausreichender Risikobereitschaft, was die Bereitstellung finanzieller Mittel für solche innovativen Forschungsprojekte anbelange – hierbei verweist von Gabain aber treffend auf ein berühmtes Zitat von Mary Lasker (1900-1994): "If you think research is expensive, try disease."

In der nachfolgenden, von Paul Oberhammer moderierten Podiumsdiskussion legte Heinz W. Engl, Vizerektor der Universität Wien für Forschung und Nachwuchsförderung, seine Ansichten zum Verhältnis von Grundlagenforschung und Innovationserfolg dar und erläuterte in diesem Zusammenhang auch die Handhabung der Patentanmeldung durch die Universität Wien. In einem anderen Aspekt der "Nachhaltigkeit", nämlich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, sei die Universität Wien in Umsetzung des neuen Kollektivvertrags bemüht, Karrieremodelle, angelehnt an das amerikanische Modell, zu entwickeln, um



in kompetitiven Auswahlverfahren auf internationalem Niveau ausgezeichnete Forscher an der Universität zu beschäftigen. Nach den bisherigen uneinheitlichen Modellen wäre oft für NachwuchswissenschaftlerInnen nicht klar, wie die Chancen für eine dauerhafte Beschäftigung stünden, überdies wären diese in der Forschung bisher zu spät "selbständig" geworden.

Die Historikerin Sigrid Wadauer vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte betonte, dass anwendungsorientiertes Denken für jedes Fach anders gewichtet werden müsse und erläuterte die derzeitige Situation des HistorikerInnen-Nachwuchses: Die Mehrzahl der GeschichtsabsolventInnen fänden ihre Anstellung außerhalb der Forschung, diejenigen aber, die sich für eine wissenschaftliche Karriere in der Geschichtswissenschaft entschieden hätten, seien ohnehin als eine Art "UnternehmerInnen" anzusehen, da sich ihre Tätigkeit insbesondere durch große Selbstständigkeit und Fähigkeit zur Lukrierung von Geldern zur Forschungsförderung auszeichne.

Michael Stampfer, Geschäftsführer des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, erläuterte den derzeitigen Stand der Forschungsförderung in Österreich. Er bemängelte vor allem, dass zu wenig Geld in Grundlagenforschung und insbesondere unkonventionelle Formen investiert werde und oft nur bereits etablierte Forschungsbereiche gefördert würden, was junge NachwuchswissenschaftlerInnen an ihrer eigenen Entfaltung hindere.

Nachhaltigkeit in der "alternden Gesellschaft" und Generationenverantwortlichkeit in der Finanzierungsfrage

Die Vorträge und Diskussionen des zweiten Tags befassten sich mit dem hochaktuellen Thema der österreichischen Sozialpolitik in Bezug auf die demographische Entwicklung und langfristige Finanzierung des Sozialstaats (Schlagwort "ageing societies").

Wolfgang Mazal, Professor für Arbeits- und Sozialrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, eröffnete die Diskussionsrunde mit einem Vortrag über sozialrechtliche Aspekte der alternden Gesellschaft. Als maßgebliche Faktoren dieser unvermeidlichen Entwicklung nannte er einerseits das Steigen der individuellen Lebenserwartung und andererseits die Abnahme der Reproduktion sowie zu geringe Zuwanderungsraten. Es stelle sich laut Mazal vorrangig die Frage, wie der Staat auf diese gesellschaftliche Alterung reagieren solle: durch Hebung der Kinderzahlen oder durch Erhöhung der Einwanderungsquote? Insbesondere bei der Zuwanderung sei nicht klar, ob dies eine allumfassende Lösung sei oder nicht auch weitere finanzielle Probleme mit sich bringen könne. Mazal wies dabei auf die Frage nach neuen Systemmechanismen, aber auch das Problem der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern hin. Eine tragende Rolle spiele dabei die Sozialpartnerschaft in diesem Entwicklungsprozess, wobei er forderte, dass sich diese in erster Linie als staatsorientierte Organisation und nicht als bloße Vertretung ihrer Mitgliederinteressen verstehen sollten, um das österreichische Sozialsystem erfolgreich durch die Entwicklungen der Zukunft führen zu können.



Nötig sei dazu die Koordinierung der Interessen nicht nur der Sozialpartnerschaft, sondern von sämtlichen einschlägig tätigen Verbänden im Interesse des Staatsganzen. Mazal kritisierte, dass zahlreiche wichtige Themen, wie Zuwanderung, Beschäftigung älterer Menschen und der Zustand des Kranken- und Pflegesystems in der österreichischen Innenpolitik totgeschwiegen würden und vorrangig Themen aufgegriffen werden, die von jenen, die "laut" in der öffentlichen Diskussion in Erscheinung treten, zur Verfolgung ihrer Interessen aufgebracht werden. Im Zuge einer Gesamtbetrachtung der Problematik sei auch die Einbeziehung der meta-rechtlichen Ebenen notwendig, d.h. der Politik und der Kultur. Die finanzielle Herausforderung bei der Bewältigung der hier gestellten Frage sei das geringere Problem – um Geldverschwendung in Zukunft zu unterbinden, müsse das System vielmehr in geeigneter Weise umstrukturiert werden. Die größte Herausforderung ist hier aber der Demokratie als solcher gestellt: Sie müsse die Diskrepanz zwischen unterschiedlichen Interessen überwinden und die im Staatsinteresse optimalste Lösung finden, und nicht immer nur durch Kompromiss, durch das "sich in der Mitte Treffen", agieren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion sprachen Experten aus der Praxis und Vertreter der österreichischen Sozialpolitik über ihre Einschätzungen der derzeitigen Lage und die künftigen Herausforderungen an Gesellschaft und Politik. Sektionschef Gerhard Hesse, der Leiter des BKA-Verfassungsdienstes, hob seinerseits die Frage der Kompetenzaufteilung für die Sozialrechtsgesetzgebung hervor. Thomas Neumann, der Direktor der SVA der Gewerblichen Wirtschaft, erläuterte die Nachhaltigkeitslücke im österreichischen Pensionssystem und wies auf die negativen Folgen der überbordenden Staatsverschuldung hin. Joachim Preiss, Kabinettschef im Sozialministerium, betonte, dass die in der Diskussion oft bezogenen "Extrempositionen" – gekennzeichnet durch die Schlagworte "Massenverarmung der PensionistInnen" sowie die "Demographiekeule" der "untragbaren Belastung der Jungen durch die ältere Generation" – so nicht zutreffend seien. Zwar sei die Lage in den kommenden Jahrzehnten nicht einfach, aber immerhin werde der steigende Staatszuschuss zu den ASVG-Pensionen durch vergleichsweise sinkende Ausgaben bei den Beamtenpensionen bis zu einem gewissen Grade wettgemacht. Er hob weiters die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Faktor für die "Reproduktionsquote" hervor und merkte kritisch an, dass das Problem der Altersarbeitslosigkeit durch Pensionierungen verdeckt und zu wenig diskutiert werde. Walter Schrammel, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien, äußerte sich insbesondere zur Frage der Invaliditätspensionen und sprach sich für eine bessere Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Neuorientierung aus.

Die demographische Situation in Europa stellte Rainer Münz, Leiter der Forschungsabteilung der Erste-Group-Bank AG, in seinem Vortrag mit dem Titel "Demographischer Wandel als Herausforderung für die Sozialpolitik vor. Entgegen den immer wieder revisionsbedürftigen Prognosen steige die Lebenserwartung in Europa seit 170 Jahren kontinuierlich an und werde wohl auch weiterhin steigen. Im Jahr "gewinnt" laut Statistik ein Österreicher somit 90 Tage an Lebenserwartung, das sind sechs Stunden pro Tag! Doch nicht nur die steigende Lebenserwartung sei ein klarer Trend. Auch die Geburtenraten sinken weltweit, was allerdings auch daran liegen kann, dass es mehr "ältere Mütter" gebe, die sich reproduzierende Generation



also die Geburt des ersten Kindes länger hinausschiebe und es somit zu einer gewissen Verzerrung der Statistik komme. Münz erläuterte, dass die steigende Lebenserwartung früher unmittelbar mit der sinkenden Kinderzahl zusammenhing, da die plötzlich drastisch zurückgehende Säuglingssterblichkeit nicht nur die statistische Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung merklich anheb, sondern auch die vielen Geburten im Rahmen der langfristigen Familienplanung überflüssig machte. Die Konsequenzen dieses Trends sind vor allem beim Pensionssystem spürbar, trotz steigender Lebenserwartung sinke nämlich das Pensionsantrittsalter, was bewirkt, dass immer mehr Menschen immer längere Zeit in Pension verbringen. Münz schlägt nach Betrachtung der Gesamtlage daher folgende Lösungen vor: Zum einen solle sich die Gesellschaft überlegen "intelligent zu schrumpfen", mehr Frauen und MigrantInnen sollten in den Erwerb. Generell sollte länger und mehr gearbeitet werden und eher Löhne als Pensionen erhöht werden. Einen Wahlkampf gewinnen würde er mit diesen unpopulären Forderungen aber wohl nicht, so Münz.

In der Podiumsdiskussion warf Josef Wöss, Leiter der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer ein, dass nicht nur die demographische Situation für die Entwicklung des Sozialstaats ausschlaggebend sei, sondern auch das gestiegene Vermögen der Volkswirtschaft und die tatsächliche Produktivität der ArbeitnehmerInnen eine maßgebliche und nicht zu unterschätzende Rolle spiele. Er betonte überdies, dass die Debatte keinesfalls verfrüht und die Schaffung besserer Bedingungen schon jetzt dringend nötig sei, da die geburtsstarken Jahrgänge nun auch bald älter würden und die Frage der Pensionsfinanzierung bald schlagend werde.

Angelika Flatz, Sektionschefin Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform im BKA, bestätigte die Relevanz dieser Problematik auch für den Bereich des Personalstandes im öffentlichen Dienst und skizzierte die einschlägigen Herausforderungen für die Personalplanung des Bundes.

Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit der WKO, wies insbesondere auf die bedauerliche Tatsache hin, dass kein Land der OECD so wenig qualifizierte Arbeitskräfte ins Land hole wie Österreich.

Nachhaltigkeit bei der Unternehmensführung und konkrete Projekte zur Nachhaltigkeit in der Wirtschaft

Den letzten Tag der Vortragsreihe leitete eine Präsentation von Susanne Kalss, Universitätsprofessorin für Zivil- und Unternehmensrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien und Expertin für Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, ein. Kalss unterzog die derzeit vieldiskutierte "Verantwortlichkeit von Vorstand und Aufsichtsrat im Lichte der Nachhaltigkeitsdiskussion" einer näheren Betrachtung. Sie stellte im Lichte hochaktueller Skandale und Konkurse in der österreichischen Wirtschaft die Frage nach der Verantwortung der Organträger für die Schäden an Gesellschaft und Anlegervermögen. Maßgeblich für das Verständnis der Funktionsweise einer AG sei die duale Leitungsstruktur von Vorstand und Aufsichtsrat, wobei ersterer der eigentliche Verantwortliche bei der Unternehmensführung sei. Die Hauptaufgabe des Vorstandes sei die Leitung des Unternehmens, was auf der einen Seite die strategische Entwicklung und



Positionierung des Unternehmens und "Überwachung" des Unternehmens und die Personalverantwortung auf der anderen Seite beinhaltet. Dem Aufsichtsrat komme dagegen hauptsächlich die Aufgabe der Bestellung des Vorstandes zu, eine Entscheidung, die aber weit reichende Konsequenzen hat, wie die Praxis zeige. Prüft man die Schadenersatzpflicht eines Organwalters, so ist meist die Frage des Sorgfaltsverstößes der entscheidende Gesichtspunkt. Hier spiele allerdings der Begriff der "unternehmerischen Interessen" hinein, der den EntscheidungsträgerInnen einen Ermessenfreiraum gewähren und als "Entlastungsfigur" dienen soll. Ein Problem sei eine sich abzeichnende Abkopplung der Strafrechtsjudikatur von der zivilrechtlichen Beurteilung, es könne daher eine Handlung zivilrechtlich unbedenklich, strafrechtlich aber sanktioniert sein, was zu absurden Situationen führe. Tatsächlich würden aber, auch wenn der nötige Sorgfaltsverstoß gegeben sei, die verantwortlichen Organwalter selten geklagt. Hier stelle sich die Frage der Sinnhaftigkeit der Klageerhebung, vor allem im Hinblick auf den tatsächlichen Nutzen und die ökonomische Rentabilität für die Gesellschaft sowie damit einhergehende Inkaufnahme einer "schlechten Publicity". Überdies sei oft eine (persönliche) Nahebeziehung zwischen den Organwaltern einer Gesellschaft ausschlaggebend dafür, dass von einer Beschreitung des Klagewegs Abstand genommen werde.

Anschließend legten Isabella Kossina, Geschäftsführerin der BMG und Nachhaltigkeitsbeauftragte der Wiener Stadtwerke, und Heimo Scheuch, Vorstandsvorsitzender der Wienerberger AG, auf dem Podium ihre Ansichten dar und diskutierten in der nachfolgenden lebhaften Diskussion mit der Referentin Kals und dem Publikum über verschiedene Aspekte dieser Themen. Wichtig sei eine Rückkehr zu Ethik und sozialer Verantwortlichkeit in der Wirtschaft; von einer allfälligen "Überregulierung", so Scheuch, sei aber Abstand zu nehmen. Debattiert wurde über die Rolle des Wirtschaftsstrafrechts, sowie über die Sinnhaftigkeit des Insolvenzstrafrechts – insbesondere angesichts der bedauernswerten Tatsache, dass unternehmerisches Handeln unter strafrechtlichen Gesichtspunkten oft strenger beurteilt werde als nach zivilrechtlichen Bestimmungen.

Am Freitagnachmittag standen vielfältige und hochaktuelle Impulsreferate auf dem Programm. So sprach Josef Schmidinger, Vorstandsvorsitzender der s-Bausparkasse, zum Thema "Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft". Er ging insbesondere auf den Begriff der "Nachhaltigkeit" an sich ein, welcher einerseits damit definiert werden kann, dass ein bestehendes Gut bewahrt werden solle, andererseits aber auch oft mit der Einstellung verbunden sei, dass eine Vermehrung des zu bewahrenden Gutes angestrebt werde. In historischer Betrachtung erläuterte er das Zinsverbot im europäischen Mittelalter, wies aber auch darauf hin, dass es heute noch viele Länder mit Zinsverbot gebe. In der mittelalterlichen Kanonistik als "lässliche Sünde" gesehen, wurden nach Ansicht der Gelehrten allgemein drei Gründe für die Zulässigkeit von Zinseinnahmen genannt: entgangener Gewinn, Risikoausgleich und Ausgleich für die Inflation. Die in jüngerer Zeit aufgetauchte Frage, ob man nicht auch durch Finanzwirtschaft selbst Geld machen könne und nicht bloß anhand der Realwirtschaft, sei mitverantwortlich für das Aufkommen der derzeitigen Finanzkrise gewesen. Geld solle jedoch nicht primär Instrument sein, um eigene Wirtschaftskreisläufe zu schaffen, sondern diene nach seinem ursprünglichen Zweck dazu, den Tausch in der Realwirtschaft zu unterstützen.



Daran konnte der nächste Vortrag von Peter Püspök, Vorsitzender der Oikokredit Austria, anknüpfen, welcher über Mikrokredite und soziale Verantwortung sprach. Er brachte das Beispiel des Mohammed Yunus, dem die Idee des "Mikrokredits" zu verdanken ist, indem er Kleinstkredite in der Höhe von durchschnittlich \$ 100 bis \$ 200 zur Existenzgründung an arme Menschen in Entwicklungsländern vergab. Diese Initiative half den – durch raffgierige Kredithaie ausgebeuteten – Menschen, verantwortungsvoll und selbständig zu wirtschaften. Doch auch schon in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hätten die Genossenschaftsgründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch in Europa, beseelt vom Gedanken, armen Bauern zu helfen, in ähnlicher Form bereits innovativ Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Doch, so warnte Püspök, sei das Ansehen der Mikrokredite heute dadurch gefährdet, dass unter dem "Deckmantel" des Mikrokreditgebers so mancher Anbieter wieder höchst kommerzielle Absichten verfolge. Dieser Entwicklung gelte es entgegenzusteuern.

Ebenfalls entwicklungspolitischen Fragen widmete sich das Referat von Georg Gruber, Vorstandsmitglied von Fairtrade Austria. Fairtrade-Produkte seien durch Garantien für soziale Standards, wirtschaftliche Standards und Umweltstandards gekennzeichnet. Gruber erklärte, dass unter den wichtigsten global gehandelten Wirtschaftsgütern Kaffee und Öl aufgrund ihrer Bedeutung für den Welthandel hervorzuheben seien. Bedauerlicherweise seien ethische Wertungen immer noch zu stark mit den Interessen der einzelnen Nationen verknüpft, das Problem sei das Fehlen einer Ethik für die "Global Community".

Mit "Kulturmanagement und Nachhaltigkeit" am Beispiel des Kunsthistorischen Museums befasste sich sodann Paul Frey, kaufmännischer Geschäftsführer des Kunsthistorischen Museums. Er hob hervor, dass Kunst und Kultur die Nachhaltigkeit schon in sich tragen würden, weil sie durch verschiedenste Zeiten hindurch den Bezug von Vergangenen auf Gegenwärtiges herstellen und dadurch immer von sich aus zeitgemäß seien. Kunst und Kultur seien im Laufe der Menschheitsgeschichte ein ständig präsenten Phänomen – das "scheinbar Überflüssige" ist offenbar "das Notwendige".

Arnd Haller, Leiter der Rechtsabteilung von Google Deutschland, sprach anschließend über "Cloud, Google und Umwelt". Leitidee von Google sei es, Informationen in dienlicher Weise für alle bereitzustellen. Haller hob insbesondere die Chancen der großen Private-Public-Partnership zwischen Google und der Österreichischen Nationalbibliothek hervor, die es bald ermöglichen würde, im Internet in seltene und alte Werke der ÖNB ohne Beschädigung der Substanz Einblick zu nehmen.

Das Referat des Lenovo-Managers Thilo Huys widmete sich Fragen der Ökologie in der Informationstechnologie und dem Thema "Green IT". Er hob fünf Punkte, welche für Green-IT maßgeblich seien, hervor und nannte dabei die Faktoren der Herstellung, Nutzung und Wiederverwertbarkeit eines Produkts sowie als ebenso wichtige Punkte für "Green IT" die einhergehenden Services und die IT-Dienstleistung selbst (in ihrem möglichen Nutzen für die Umwelt). Selbstverständlich sei der Energieverbrauch der Geräte während der Nutzung das größte Thema. In der anschließenden Diskussion ging es um Google und die Rentabilität seiner Produkte



sowie um das aktuelle Thema von Google und sein Verhältnis zu Ländern mit Zensur, insbesondere die chinesische Volksrepublik.

Nachhaltigkeit in Kunst und Kultur

Die Veranstaltung in der malerischen Umgebung des Wolfgangsees bot nicht nur brisante Diskussionen über hochaktuelle Themen, sondern auch ein breit gefächertes kulturelles Programm. Den ersten Abend beschloss eine Filmvorführung von "Long Street", einem derzeit in Kinos und Festivals in Südafrika anlaufenden Film, an deren Anschluss der ebenfalls in Südafrika lebende österreichische Produzent Florian Schattauer bereitwillig Fragen entgegen nahm.

Am zweiten Tag wurde eine hochwertige Reproduktion des "Bogenschnitzenden Amors" von Parmigianino, einem italienischen Künstler des 16. Jahrhunderts, von dem Kunsthistoriker Daniel Uchtmann, Abteilung Führungen und Veranstaltungen des Kunsthistorischen Museums, präsentiert und in einem lebendig vorgetragenen Referat Einblicke in Geschichte und Interpretation des Werkes gewährt.

Den Schluss des zweiten Tages bildete ein Kammerkonzert mit Mitgliedern der Wiener Philharmoniker mit Werken von Haydn, Beethoven, Schostakowitsch und Dvorak. Am letzten Tag des Sommerdiskurses las der in Wien lebende bulgarische Schriftsteller Dimitré Dinev aus seinem Roman "Engelszungen" und dem Erzählband "Ein Licht über dem Kopf". Dinev stellte sich im Anschluss in einem intensiven Publikumsgespräch den Fragen seiner LeserInnen und berichtete in eindrucksvoller Form, was es bedeute, in einer fremden Sprache zu schreiben, aber auch darüber, wie tristlos der Aufenthalt als Flüchtling in Österreich gewesen sei.

Mag. Caroline Mokrejs und Mag. Heidemarie Mendel, Institut für Römisches Recht und Antike Rechtsgeschichte